asta information

17. oktober 1968
nummer 27

johann wolfgang goethe-universität
frankfurt-m jügelstraße 1 ruf 0611-7983186

Winnacker for president

Schüttes Hochschulreform

Der Kampf der Studenten um eine neue Hochschule vollzieht sich an zwei Fronten: Einmal geht es um die Beseitigung traditioneller und dysfunktionaler Strukturen, zum anderen jedoch um die Erhaltung und Entwicklung der Wissenschaften zu einer emanzipatorischen Produktivkraft. Die Universität soll ein lernfähiges System werden mit einer Avantgardefunktion im Emanzipationsprozeß der Gesellschaft. Das heißt nicht zuletzt, daß ihre Mitglieder sich dem Kampf mit autoritären Herrschaftsstrukturen stellen und der technokratischen Formierung der Universität Widerstand leisten müssen.

Eine solche Formierung und unmittelbare Integration des Betriebs Universität in den Zusammenhang der privaten Kapitalverwertung intendiert der neue Entwurf für ein hessisches Hochschulgesetz, der von der liberalen Presse als kühner Reformvorschlag gefeiert, von den Studenten partiell begrüßt und von den Rektoren als Konzession an die Revoltierenden verdammt wird. Hier zeigt sich ein äußerst gefährliches Bündnis zwischen Studenten und liberalen Reformern: Sie sind sich einig bei der Beseitigung dysfunktional gewordener traditioneller Strukturen, jedoch mit unterschiedlichen Zielvorstellungen. Während die letzteren die Hochschulen modernisieren wollen, um, polemisch formuliert, den output an Fachidioten zu maximieren, wollen die Studenten eine Reform der Hochschule, die dieser eine spezifische Funktion im politischen Kampf um demokratische Emanzipation zuordnet. Genau diese Problematik wird relevant bei der Diskussion um den neuen Gesetzentwurf, bei der sich teilweise so merkwürdige Pakte herausbilden.

Bei der Kritik an diesem Entwurf muß die Studentenschaft äußerst wachsam sein und darf sich nicht durch Scheinmanöver oder Scheinkonzessionen zum Verrat ihrer Interessen verleiten lassen. Denn die Drittelparität im Konzil, um die primär das rektorale und publizistische Geblöke geht, ist eine raffinierte Farce, da dieses Gremium, verglichen mit dem Kuratorium und dem Präsidenten, völlig machtlos ist. Entweder ist die scharfe Kritik der Rektoren also eine Konsequenz ihrer politischen Dummheit, oder aber es handelt sich um ein geschickt inszeniertes Scheingefecht mit dem Kultusminister, bei dem die Studentenschaft Sand in die Augen gestreut bekommt, um nicht zu sehen, daß mit diesem technokratischen Entwurf ihre Machtlosigkeit verewigt werden soll. Der Köder Drittelparität hat in diesem Entwurf die Funktion der gewaltlosen Pazifizierung der Studentenschaft, ohne daß ihr realiter auch nur die kleinste Konzession gemacht worden wäre.

Hiermit soll erreicht werden, daß sie der Formierung der Universität gegen ihre politischen Interessen auch noch akklamiert.

Hoffentlich hat der Kultusminister sich verrechnet. Hoffentlich sind die Erfahrungen der Hochschulrevolte, des Kampfes gegen die Legalisierung des autoritären Staates nicht spurlos an den Studenten vorübergegangen, daß sie die Gefahr für die Universitäten erkennen. Hoffentlich beginnt wieder eine Hochschuldiskussion über praktische Strategien, die nicht nur, wie beim SDS, an optimalen Universitätsbesetzungstechniken fixiert sind. Sonst heißt der Präsident der Frankfurter Universität vielleicht wirklich später Winnacker, wie aus gut informierten Kreisen bekanntgeworden ist. Dann wären die skizzierten Tendenzen endgültig realisiert und bei ihrem personellen Nonplusultra angelangt. Rüeggs Sorgen um die Beziehungen zwischen Uni und Wirtschaft wären gegenstandslos geworden. Die von den Interessen der Privatwirtschaft abhängige Hochschule würde in noch nicht abschätzbarem Ausmaße Realität.

Deshalb: Es geht um die Demokratisierung der Hochschule weiterhin. Es gilt zu verhindern, daß sie total in den Griff der Konzerne gerät.

Konrad Schacht (SHB)

Winnacker, Vorsitzender des Vorstands der Farbwerke Hoechst AG

Ausbeutung der Universitäten

Forschung und Lehre sind frei; zumindest sagt man so. Ob sie an den Universitäten auch unabhängig betrieben werden können, muß bezweifelt werden, wenn man sich vor Augen hält, in welchem Umfang bereits jetzt von außeruniversitären Interessengruppen auf die Zielrichtung der Wissenschaften Einfluß genommen wird. Manipuliert wird besonders durch die Industrie, die sich durch Finanzierung von Forschungsprojekten, deren Inhalt sie bestimmt, und durch anderweitige Zuwendungen billigst Forschungsergebnisse vom Steuerzahler mitfinanzieren läßt und zugleich einen nur fachgerechten Nachwuchs sichert, der nicht fähig sein darf, die politische Bedeutung seiner Arbeit zu erkennen.

Diese bereits bestehende Situation der direkten Einflußnahme soll nun durch ein Gesetz für den Bereich der hessischen Hochschulen weitgehend abgesichert werden.

Der Gesetzentwurf des hessischen Kultusministers sieht eine Umstrukturierung der Universitäten zur besseren Ausbeutung dieser Anstalten vor. Nach der Vorlage steht der Universität ein von der Landesregierung auf acht Jahre zu ernennender **Präsident** vor (§ 7 Abs. 1 u. 2), der in nahezu allen Bereichen der Hochschule Einfluß und Macht ausüben kann, was besonders in Vetorechten gegenüber Beschlüssen des Senats, der Ständigen Kommissionen und der Organe der Fachbereiche, die das „Wohl der Universität" gefährden oder „unzweckmäßig" sind (§ 7 Abs. 6), zum Ausdruck kommt.

Der Präsident soll im Einvernehmen mit dem weitgehend machtlosen Konzil von der Landesregierung ernannt werden (§ 8 Abs. 1). Wer hier am längeren Hebel sitzt, ist unschwer zu erkennen.

Im **Konzil,** welches eine Satzung erlassen soll, die bereits weitgehend durch das Universitätsgesetz vorgeschrieben wird, bietet man den Studenten Drittelparität an (§ 10 Abs. 2) und kann dies auch sorglos tun, da die

Fortsetzung auf Seite 2

Perspektiven für eine kritische Wissenschaft

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Fortsetzung von Seite 1

Entscheidungsgewalt dieses Organs beschränkt ist.

In allen anderen Gremien ist die Sitzverteilung nach dem Verhältnis 50:30:20 geregelt. Hier garantiert die Stimme des Präsidenten eine Mehrheit zugunsten der Professoren.

Schlüsselstellung in der neuen Ordnung kommt dem **Kuratorium** zu, das Struktur- und Finanzplanung der Universität beschließt und über alle bedeutenden Finanz- und Personalangelegenheiten entscheidet (§ 12 Abs. 1 u. 2).

Die Zusammensetzung dieses Organs (§ 13) läßt deutlich erkennen, wer in Zukunft den Haupteinfluß an den Universitäten ausüben wird. Neben zwei Vertretern der Landesregierung und je einem von Kultur- und Finanzausschuß des Landtages gehören ihm vier Vertreter des öffentlichen Lebens an, von denen zwei allein vom Ministerpräsidenten ernannt werden. Von seiten der Universität sind vertreten: vier Mitglieder des Konzils und zwei Mitglieder der Personalräte, die nicht wissenschaftliche Mitarbeiter sind. Von vierzehn stimmberechtigten Mitgliedern gehören dem Organ demnach sechs Personen an, die entweder selbst zur Landesregierung gehören oder ausschließlich von ihr ausgewählt werden. Hier zeigt sich deutlich, was man in Hessen unter einer Landesuniversität versteht.

Man kann die Zusammensetzung des Konzils auch unter einem anderen Gesichtspunkt betrachten: sechs Universitätsangehörigen stehen acht Mitglieder aus Staat und Wirtschaft (hier höflich als öffentliches Leben bezeichnet) gegenüber. Die Richtung stimmt! Der Erfolg der Abhängigkeit von einer unkontrollierten Privatwirtschaft wird erhöht durch die im „Rahmengesetz" über die Hochschulen des Landes Hessen, das gleichzeitig als Referentenentwurf vorgelegt wurde, verfügte „Entwicklung des Hochschulwesens": „Die Landesregierung wirkt darauf hin, daß die Hochschulen zu einem Gesamthochschulsystem verbunden werden, in dem die Hochschulen ihre Aufgaben in gegenseitiger Zusammenarbeit und Arbeitsteilung erfüllen. Die Studiengänge sollen aufeinander abgestimmt, die vorhandenen Forschungs-, Lehr- und Ausbildungsmöglichkeiten gemeinsam genutzt werden." (§ 2) Grundsätzlich sind Einsparungen durch gemeinsam genutzte Forschungs- und Lehrmittel gerechtfertigt, wenn aber Ergebnisse der Wissenschaft Eigentum weniger werden und Investitionseinsparungen auf Grund erhöhter Rüstungsausgaben erforderlich sind . . .

G. Berk

Mitbestimmung in der Universität?

Herrschaftsverhältnisse in der Universität und auch ihre Veränderung in hochschulreformatorischer Absicht konkretisieren sich in drei Beziehungen: Beziehung Universität—Staat/Gesellschaft, die Beziehung von Interessengruppen innerhalb der Universität zueinander: Ordinarien, Mittelbau, Studenten oder Lehrende und Lernende, und die Beziehung von Gruppenmitgliedern innerhalb einer bestimmten Gruppe, besonders der Studentenschaft als der bisher am meisten organisierten. Nachdem an Präsident und Kuratorium das kritische Verhältnis Universität—Gesellschaft aufgezeigt wurde, sollen hier die Gruppenbeziehungen in der Universität analysiert werden. Da ist zunächst der **Senat,** in dem die Mittelbauvertreter und Studenten — zumal bei der minimalen Zahl fortschrittlicher Hochschullehrer — immer überstimmt werden müssen, denn zusammen mit dem Präsidenten und seinem Stellvertreter sind es dort immer mehr als 50% Ordinarien (nicht als Titelinhaber, sondern als Interessenten gemeint). Die Nichtordinarien, die sich bisher immer etwas benachteiligt vorkamen, aber nur weil sie noch keine Ordinarien waren, gehören jetzt, auf Grund des Referentenentwurfs, auch offiziell zur Gruppe der Ordinarien alter Art. Die Besetzung des Senats kann sich besonders verhängnisvoll auswirken, da jetzt progressive Beschlüsse von **Fachbereichen** (= methodisch bestimmte Institutszusammenlegungen) jederzeit durch Senatsbeschluß geändert werden können. Wenn man sich an die Boykottierung der Satzung des Otto-Suhr-Instituts an der Freien Universität Berlin durch den Senat entsinnt, hat man schon ein trauriges Beispiel. Fachbereiche werden im übrigen vom Kultusminister durch unmittelbaren Erlaß gebildet. „Der Senat ist berechtigt, Vorschläge zu machen."

(§ 25) Die Kompetenzen des Senats betreffen hauptsächlich Studien- und Lehrangelegenheiten und die innere „Ordnung" von Fachbereichen. Ständige Konzilskommissionen übernehmen Angelegenheiten der Forschung, der Planung, des Haushalts, der Öffentlichkeitsarbeit u. a. in ihre Regie. Abgesehen davon, daß in diesen Kommissionen des Konzils die drittelparitätische Zusammensetzung nicht möglich ist und den Vorsitz grundsätzlich der Präsident oder ein von ihm bestellter Vertreter innehat, ist auch hier für „Ordnung" gesorgt. Neben der größeren Öffentlichkeit von Gremien bedeutet auch die Einrichtung von Fachbereichen einen Fortschritt: für einige Inhalte des Gesetzes gilt, daß sie an sich ganz vorteilhaft und wünschenswert wären, daß aber die Situation, in die das Gesetz trifft, sowohl, was die mangelnde Aufgeklärtheit vieler Studenten als auch was die gesicherten Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse bei uns angeht, diese Vorteile in ihr Gegenteil sich eher verkehren. Die Fachbereichskonferenz als höchstes Entscheidungsgremium auf der Ebene, die früher Fakultät und Institut einnahm, wird wieder nach dem Qua-Amt-Prinzip für die Gruppe der Hochschullehrer besetzt. Es sind also für eine Reihe von Bereichen zu große Gremien zu befürchten.

Obwohl die Angehörigen des Mittelbaus, die sogenannten wissenschaftlichen Mitarbeiter, nach § 29 in der Lehre an der Uni tätig sind — die Universität könnte auch gar nicht auf sie verzichten —, erfordert die Erteilung der Lehrbefugnis doch noch ein **Habilitationsverfahren,** von dem vorauszusehen ist, daß es die jetzige Umständlichkeit zwar teils verliert, aber deshalb, angesichts der Arbeit der promovierten Assistenten, noch immer ausreichender Legitimation, besonders der didaktischen, entbehrt.

Zur Regelung innerstudentischer Angelegenheiten. Da ist zunächst der Gummiparagraph 37, 3: „Ein Student kann **exmatrikuliert** werden, wenn sein Verhalten erkennen läßt, daß er sein Studium nicht ernsthaft verfolgt, insbesondere wenn er nach Ablauf einer unangemessen langen Studienzeit eine vorgeschriebene Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung nicht abgelegt oder endgültig nicht bestanden hat." — Was heißt eigentlich „ernsthaft"? Ein schwerwiegender Eingriff ist weiterhin die **Zusammensetzung des Ältestenrats,** dem in Zukunft neben den bisher drei Studenten ein Angehöriger der wissenschaftlichen Mitarbeiter und ein Hochschullehrer mit der Befugnis zum Richteramt angehören muß. Zwar wird mit Inkrafttreten des Referentenentwurfs — wir können es erwarten — „das Gesetz betreffend die Rechtsverhältnisse der Studierenden und die Disziplin auf den Landesuniversitäten, der Akademie zu Münster und dem Lyceum Hosianum in Braunsberg vom 29. Mai 1879 (Preuß. Gesetzsammlung S. 389) aufgehoben, aber an seine Stelle tritt ein kaum freieres sogenanntes **„Studentisches Ordnungsrecht",** dem man den Anlaß seiner Entstehung noch gut anmerken kann: das Go-in in die Vorlesung Carlo Schmids und in Senats- und Konzilssitzungen. § 47,1: „Gegen Studenten, die die Ordnung der Universität und ihrer Veranstaltungen, insbesondere den Studien- und Forschungsbetrieb stören, können Ordnungsmaßnahmen getroffen werden. Das gleiche gilt bei Verstößen gegen die Verpflichtung nach § 50, Abs. 3 und gegen die Benutzungsordnungen des Studentenwerks." Und was steht in diesem § 50: ein umfassendes **Auskunftsrecht des Kultusministers.** Wenn also ein Student den Fragebogen zu Anfang des Semesters, der dann wohl in die Ermekeilkaserne nach Bonn wandert, nicht namentlich kennzeichnen will, kann er mit seiner Exmatrikulation rechnen.

V. Feger

Eine Enttäuschung mehr – der FDP-Entwurf

Wer gemeint hat, daß der FDP-Entwurf für ein hessisches Hochschulgesetz den Rahmen verlassen würde, den die Erklärung der Westdeutschen Rektorenkonferenz gesteckt hat, ist einem Irrtum erlegen. Von Mut zur Opposition ist da nicht viel zu spüren. Der Verteilungsschlüssel für Konzil, Abteilungen und Fachbereichsversammlungen gewährt den Hochschullehrern 50%, den akademischen Lehrern und Mitarbeitern und der Studentenschaft jeweils 25% der Stimmen. Nicht der Mensch, der Hochschullehrer geht vor — läßt sich in Abwandlung des Wahlslogans konstatieren! Von einer Begründung, die rationalen Ansprüchen genügt, ist nicht viel zu spüren. Im Senat gar, der über „alle gemeinsamen Angelegenheiten der akademischen und wirtschaftlichen Verwaltung der Hochschule" beschließt, sollen zwei Studenten neun weiteren Mitgliedern gegenübersitzen. Für die mangelnde Geschlossenheit des Entwurfs zeugt auch, daß bei der Besetzung des Senats plötzlich wieder vier universitäre Gruppen auftauchen, indem man bei den Hochschullehrern zwischen Professoren mit Lehrauftrag und Lehrbefugnis unterscheidet. Will man dem Entwurf gegenüber dem der Landesregierung einige positive Seiten abgewinnen, dann wird man feststellen, daß der Präsident vom Konzil mit 2/3 Mehrheit absetzbar ist, daß dieses Organ über Fragen von übergeordnetem Hochschulinteresse entscheidet und daß im Landeskuratorium die Vertreter von Landesregierung und Landtag die Hochschulvertreter in der Regel nicht majorisieren können. Im ganzen ist der Entwurf jedoch eine einzige verpaßte Gelegenheit. Was den Kenner besonders verwundert, ist, daß die FDP — sonst allem Kulturföderalismus abhold — sich zu regional verschiedenen Hochschulgesetzen entschließt. Dabei hätte doch der Entwurf der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag einen fortschrittlichen Rahmen liefern können. Nach diesem unterliegen alle universitären Gremien der Drittelparität. Oberstes Beschlußorgan ist das Konsistorium-Konzil, welches auch die Richtlinien für den Senat setzt. Rektor bzw. Direktorium führen die Beschlüsse von Senat und Konsistorium aus. Die innere Ordnung der Hochschulen muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Die Organe der Universität haben das Recht, zu politischen *Fragen Stellung zu* nehmen. Diese Liste ließe sich fortsetzen. Im hessischen Entwurf nichts von alledem! Die FDP hat sich um einen bundeseinheitlichen Entwurf zur Hochschulgesetzgebung gebracht, der ihr die Sympathien derer verschafft hätte, die sich um eine Demokratisierung der Universitäten bemühen.

H. S.

Vertriebsmann oder -frau für die asta-info gesucht. Aufwandsentschädigung nach Vereinbarung. — Voraussetzung: Interesse an Hochschulpolitik.

Näheres im AStA.

Zudem suchen wir jemanden, der regelmäßig über die Parlamentssitzungen schreibt.

Fahrschule E + E Hanslik
Civil-Ing.
Grundgebühr 50.- Fahrstunde 12.-
6 Frankfurt/Main, Reuterweg 66, Telefon 72 59 83
6451 Dörnigheim a. M., Hermann-Löns-Str. 7, Tel. Hanau 9 84 19 30

AKADEMISCHE BUCHHANDLUNG WÖTZEL
MEDIZIN · Zahnmedizin · Psychologie · NATURWISSENSCHAFTEN
6 Frankfurt/Main-Süd, Paul-Ehrlich-Str. 24 / Ecke Vogelweidstr.
Telefon 68 24 30 und 61 26 57
Tatsächlich alles, was der Mediziner braucht und wünscht, findet er bei uns in Sekundenschnelle!
Großes Antiquariatslager moderner Auflagen, deren Eignung wir überprüften.
stets: informiert · schnell · sorgfältig · leistungsfähig
Führend in MEDIZIN . . . von einem MEDIZINER geführt

Kennen Sie das
NORGE-Zentrum?
Nur 2 Minuten von unseren Hörsaalgebäuden entfernt
Ecke Gräf-/Rob.-Mayer-Str.
die Selbstbedienungs-Reinigung u. Wäscherei
PREISWERT UND GUT

Anzug	DM 4,—
leichter Mantel	DM 3,90
Wintermantel	DM 4,40
Hose od. Rock	DM 1,60
Sakko	DM 2,40
Kleid	DM 2,20
Kostüm	DM 4,—
Bluse	DM 1,—
Pulli	DM 1,30
Pulli o. Arm	DM 0,90
Sportpullover	DM 2,—
Kissenplatte	DM 0,70

Morgens gebracht — Abends abgeholt!

asta information
Erscheint jeden zweiten Donnerstag im Semester in 10 000 Exemplaren.
Herausgeber: Das Parlamentspräsidium
Redaktion: Rainer Erd (verantwortlich)
Anschrift d. Redaktion: Frankfurt a. M., Jügelstraße 1, Telefon 7 98 31 86 und 77 75 75
Anzeigen: Werner Dömming
Gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar.
Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt a. M. GmbH., Frankfurt a. M.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

Hochschulpolitisches Forum

Unsere Situation ist wenig ermutigend. Überall im Lande formiert sich die Reaktion. Die Solidarität der studentischen Bewegung ist nicht mehr vorhanden; unter anderem ist das ein Ergebnis der *falschen Strategie des SDS* seit der Verabschiedung der NS-Gesetze.

Auf hochschulpolitischem Gebiet sind für das Wintersemester dramatische Auseinandersetzungen zu erwarten. Die hessische Landesregierung will noch vor Jahresbeginn ein neues Hochschulgesetz vorlegen. Ein von Kultusminister Schütte vorgelegter Referentenentwurf soll angeblich weitgehend den Vorschlägen der Professoren Habermas, von Friedeburg, Wiethölter und Denninger folgen.

Selbst auf die einem weitgehend funktionslos gewordenen Konzil zugestandene drittelparitätische Beteiligung der Studenten reagierten die hessischen Rektoren und ihre überregionalen Verbündeten hysterisch. Fast scheinen sie ihrem Ziel, dem Sturz Schüttes, greifbar nahe gekommen zu sein. Es zeigt sich, daß noch immer die kleine radikale Minderheit einer konservativ-reaktionären Ordinarienmehrheit die Macht in den Händen hält.

Die Studenten sind für die kommenden Auseinandersetzungen schlecht gerüstet. Am schlechtesten die Frankfurter. Hier vegetiert ein Rest-AStA ohne Studentenschaft; eine desorganisierte, zersplitterte, zerstrittene Studentenschaft. Es scheint sich die Situation von 1966 zu wiederholen: Die Ordinarienschaft macht ihren massiven Einfluß geltend, Form und Inhalt des neuen HHG zu bestimmen. Die Studentenschaft präsentiert nicht einmal einen Gesprächspartner.

Neue Koordination und Solidarität sind notwendig. In seinem neuen Haus in der Appelsgasse 1 richtet der SHB ein **hochschulpolitisches Zentrum** ein. Dieses Diskussionsforum soll mindestens jeden Monat einmal zu hochschulpolitischer Koordinationsarbeit genutzt werden. Die Aufforderung zur Mitarbeit geht an alle sozialistischen, liberalen und progressiven Reformer.

Ausgehend von der Beobachtung, daß augenblicklich am ehesten die Reformbewegungen in einigen Instituten von der studentischen Krise verschont geblieben sind, sollen in dem Hochschulpolitischen Forum Erfahrungen und Ergebnisse aus den einzelnen Instituten auf eine gesamtuniversitäre Ebene gehoben werden. Es hat sich gezeigt, daß eine allmählich eskalierende Strategie, die sich aus spontaner, zunächst unpolitischer Erkenntnis von Mißständen an einzelnen Instituten entwickelt, die Erschütterungen überdauern kann, die einer von vornherein ausschließlich gesellschaftspolitischen Stoßrichtung drohen. Viele Studenten sind hier eher zur Mitarbeit bereit als bei einer politischen Hochschulgruppe.

Indem man zuerst bei der spontanen Kritik am autoritären Stil von Vorlesungen, Übungen, Seminaren ansetzt, an der Überfüllung der Seminare, der mangelnden Effizienz vieler leerläufiger Lehrveranstaltungen spricht man elementare Interessen der Studierenden an.

Die nächste Stufe ist das *Aufzeigen von objektiven Interessengegensätzen zwischen Ordinarien und demokratischer Universität.* Das liberale Mäntelchen vieler Ordinarien muß heruntergerissen werden, indem man die Gretchenfragen nach Drittelparität, Öffentlichkeit, Institutsrat stellt. Die Forderung nach institutionalisierter gleichberechtigter studentischer Mitbestimmung muß sich anschließen. Auf die spontane Kritik an offensichtlichen Mißständen folgt also die Organisationskritik.

Die dritte Stufe ist die *wissenschaftstheoretische Kritik.* Hier muß aufgezeigt werden, daß der Anspruch wertfreier Wissenschaft mit der Klassenuniversität identisch ist; daß Demokratisierung der Universität nicht nur formal zu verstehen ist, sondern inhaltlich bedeutet, die politische Funktion der jetzigen Universität zunächst zu demonstrieren, und es gilt, diese stabilisierende gesellschaftliche Rolle durch eine kritische Wissenschaft abzulösen, die im Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit arbeitet. Diese Diskussion muß in allen Lehrveranstaltungen getragen und auf den konkreten Gegenstand appliziert werden.

Die skizzierte Strategie hat Gefahren in sich. Zunächst die, daß sie über ihre unpolitische Spontaneität nicht hinauskommt. Dann, daß sie sich durch Aktionismus am Institut isoliert und ihre gesellschaftlichen Ambitionen verdrängt. Beide Gefahren sind auch dann gegeben, wenn sich am Institut genügend Studenten finden, die kritisch-theoretischer Argumentation fähig sind. Die praktische Arbeit auf den übergeordneten Ebenen der Abteilungen, der Gesamthochschule, VDS, APO ist daher unersetzlich, weil sie den aufgezeigten Gefahren entgegenzuwirken in der Lage ist.

Die erste Sitzung des Hochschulpolitischen Forums findet im Oktober Appelsgasse 1 statt. Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Hochschulpolitischen Seminar (7.–10. Oktober Thelen) stehen zur Diskussion.

W. Bessier (SHB)

Politisierung der Justiz

Mit der massenhaften Politisierung des Bewußtseins von jungen Arbeitern, Schülern und Studenten seit Ostern haben die Herrschenden die Gefahr erkannt, die von den APO-Aktionen ausgeht. Während vor Ostern APO-Aktionen überwiegend als „Ordnungswidrigkeiten" gewertet wurden, werden die Anti-Springer- und Anti-Notstandsaktionen als Taten schwerer Kriminalität qualifiziert. Große Teile der APO werden damit illegalisiert, ohne daß diese Tatsache öffentlich zur Kenntnis genommen zu werden braucht. Denn während der Knüppeleinsatz als unmittelbare Gewalt gegen den passiven Widerstand der Demonstranten nicht den Protest der liberalen Öffentlichkeit mobilisierte, erscheint vor Gericht Gewalt nicht mehr als Gewalt, sondern als Recht, indem nur noch über die „Gewalttätigkeit" des Angeklagten verhandelt wird.

Hatte der Einsatz der unmittelbaren Staatsgewalt für die Demonstranten selber einen Solidarisierungseffekt, mit dessen Hilfe sie Gewalt zu großen Teilen auffangen und umfunktionieren konnten, werden die Demonstranten vor Gericht zu „Rechtspersonen" vereinzelt und von der Solidarität der Masse getrennt. Da die Herrschenden damit langfristig Angst vor Massenaktionen erzeugen wollen – durch Zerstörung der bürgerlichen Existenz, Abbruch der Ausbildung, Disziplinarverfahren an der Universität, Auflösung der Arbeitsverhältnisse –, muß dieser Solidaritätsschwund durch Vereinzelung der Genossen unbedingt verhindert werden: *die außerparlamentarische muß auch zur außergerichtlichen Opposition werden.*

Gleichzeitig teilen die Staatsanwaltschaften die APO in „Rädelsführer" und „Mitläufer"; einmal wollen sie damit die Reaktionen der Gerichte während der „Mitläuferprozesse" abwarten, um für den Hauptschlag gegen die „Rädelsführer" genügend Erfahrungen sammeln zu können, zum anderen spekulieren sie auf eine im Zuge der Prozeßwelle nachlassende Aktionsbereitschaft.

Die APO behält nur dann ihren Aktionsspielraum, wenn es ihr gelingt, ihre eigenen Mitglieder immer wieder massenhaft zu mobilisieren. Das muß auf zweierlei Weise geschehen:

1. Durch die radikale Herstellung von Öffentlichkeit im Gerichtssaal. D. h. massenhafte Aktionen, die deutlich machen müssen, daß mit dem einen Angeklagten sich die gesamte APO als mitangeklagt betrachtet. Es muß tendenziell erreicht werden, daß eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs unzählige ähnliche Verfahren nach sich zieht. Selbstanzeigeaktionen müssen darauf gerichtet sein, die Justizbürokratien zu überschwemmen, sie zu lähmen. Den Mitgliedern der APO muß der politische Charakter der Prozesse ins Bewußtsein gehoben werden, so daß alle in der Lage sind, diese politischen Gehalte im Gerichtssaal durch Demonstrationen sinnfällig zu machen. Eine Agitation der Mitglieder muß außerdem erreichen, daß politische Gehalte und ihre juristischen Vermittlungen vor Gericht sprachlich artikuliert werden können. Der Zusammenhang zwischen spontanen Massenaktionen auf der Straße und deren Fortsetzung im Gerichtssaal muß in Argumentationsketten gegen das

Fortsetzung auf Seite 4

Die beste Schule

die es gibt, eine hohe Schule für die Erwachsenen, für Männer und Frauen, ob Politiker, Wirtschaftler, Architekten, Ingenieure, Ärzte, Wissenschaftler, Studenten, Angestellte und Facharbeiter aller Art, ob erfahrene oder junge Menschen, das ist eine gute Tageszeitung. ■ Sie unterrichtet, unterhält und fesselt den aufmerksamen Leser jeden Tag aufs neue. Wer sie täglich liest, eignet sich Kenntnisse an, die ihm in seinem Beruf Vorteile vor den anderen verschaffen und seine allgemeine Bildung verbreitern und vertiefen. Die Glossen und Kommentare erleichtern ihm die eigene Meinungsbildung und machen ihn in der Diskussion sicher.

DIE SCHULE, die am wenigsten kostet

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Wissenschaft, Sex und Kapitalismus

Die Ideologie des ADS

Daß das „Aktionskomitee Demokratischer Studenten" nach seiner scharfen, auch aktiv zuschlagenden „Kritik" an der Universitätsbesetzung und -blockade des vergangenen Semesters die intensive Förderung einiger Interessengruppen in unserem Staatswesen erfahren werde, daran kann kein Zweifel bestehen, wenn man die bislang aufwendigsten an dieser Universität verteilten Schriften betrachtet, besonders ein Programm mit Mitgliedervorstellung und einen Vorschlag zur Studienreform an der Jur. Fak. In letzterem steht in ausgeweiteter Form ein Konzept zum Thema Universität und Demokratie, verfaßt von Hans-Joachim Konrad, der „wesentlichen Anteil an der theoretischen Arbeit im ADS" trägt. Wir zitieren es ungekürzt, um daran einige Bemerkungen anzuhängen. Da der aufwendigste Wahlfeldzug für die diesjährige Parlamentswahl vom ADS zu erwarten ist, ist es zu empfehlen, sich sehr genau mit dem Programm, den Leitvorstellungen dieser sonst noch verhältnismäßig neuen Gruppe zu beschäftigen.

1. Die Universität ist eine Einrichtung der Gesellschaft. Sie hat der Gesellschaft zu dienen, ohne ihr aber völlig dienstbar zu sein. Denn einmal vermittelt die Universität Wissen, das im Hinblick auf konkrete Bedürfnisse der Gesellschaft nützlich ist, erweist sich also als gesellschaftlichen Erfordernissen unterworfene Ausbildungsstätte; zum andern aber kommt der Universität eine Bildungsfunktion zu, die in der Vermittlung von Wissen liegt, das unmittelbar nicht am gesellschaftlichen Nutzen meßbar ist.

2. Aus der wechselseitigen Abhängigkeit und Verantwortung von Gesellschaft und Universität, aber auch aus den Erfordernissen der Wissenschaft selbst — diese ist durch ihren Gegenstand und durch die Verwendung ihrer Ergebnisse immer auf Gesellschaft bezogen — ergibt sich die gesellschaftskritische Aufgabe der Universität, die sich nicht nur in den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen äußert, sondern Bestandteil der über bloßes Fachwissen hinausgreifenden Bildungsfunktion ist.

3. Die traditionell apolitische Haltung der deutschen Universität war das quid pro quo der Autonomie im monarchistischen Obrigkeitsstaat. Die pluralistisch organisierte, an sozialen Werten orientierte Demokratie erfordert eine systemkongruente Universität, die verpflichtet ist, an der Bestimmung und Erhaltung der Wertordnung teilzunehmen. Daher kann die Autonomie der Wissenschaft nicht mehr völlig unpolitisch verstanden werden. Zum Wissenschaftsprozeß gehört untrennbar die Reflexion der Beteiligten über gesellschaftliche und politische Abhängigkeiten und Auswirkungen von Forschung und Lehre. Die Eliminierung aller politischen Aspekte aus der wissenschaftlichen Beschäftigung akademischer Bürger widerspricht den Anforderungen, die an den Staatsbürger gestellt werden.

4. Politisierung der Wissenschaft in diesem Sinne bedeutet nicht Politisierung der Lehrinhalte durch Anpassung an bestimmte Ideologien und damit Unterwerfung der Wissenschaft unter vorgegebene politische Zielsetzungen, sondern Transparenz der Lehrinhalte in bezug auf gesellschaftlich-politische Abhängigkeiten und Auswirkungen, mithin also Befreiung von herrschaftsbezogenen Einflußnahmen durch Kritik und damit Sicherung der Freiheit von Forschung und Lehre.

5. Die Universität kann nur durch mittelbares politisches Handeln, das die theoretische Distanz wahrt, ihre gesellschaftskritische Aufgabe erfüllen und zur Besserung gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen. Nur dann ist sie politisches Subjekt. Unmittelbares politisches Handeln macht sie zum Objekt einseitiger Ideologien und beendigt die Freiheit von Forschung und Lehre. Nur der einzelne Wissenschaftler kann außerhalb der Universität wie jeder andere Staatsbürger auf den von der Verfassung vorgesehenen Wegen unmittelbar politisch handeln.

6. Dem veränderten Wissenschaftsbegriff entspricht eine Neuordnung der Struktur der Gesamtuniversität auf der Grundlage einer pluralistischen Universitätsdemokratie, die die Kooperation aller Bürger der Universität unter verbindliche, allseits gewollte, nicht traditionell übernommene Regeln stellt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden nicht in allen Punkten mit der Nation als politischem Gemeinwesen vergleichbar ist.

7. Eine solchermaßen organisatorisch und inhaltlich reformierte Universität wird dem Anspruch gerecht, leistungsfähige, mit technischem Berufswissen und kritischem Handlungswissen ausgerüstete Akademiker heranzubilden.

Vorgeschichte eines Programms

Die Debatte um eine Reform der Universität, die sich seit zwanzig Jahren mühsam dahinschleppte, ist an der Universität Frankfurt gleichsam über Nacht in ein neues entscheidendes Stadium getreten: Im Sommersemester 1968 aktualisierte sich der Konflikt zwischen Professoren und Studentenschaft am äußeren Anlaß der Notstandsgesetze durch den unmittelbaren Angriff auf die Universität. Massive Gewaltanwendung linksradikaler Studentengruppen — Blockade und Besetzung der Universität — richtete sich erstmals auch gegen die Interessen der Studenten selbst. Damit wurde deutlich, daß weder der SDS noch seine Satelliten Träger einer Hochschul- und Studienreform unter Wahrung elementarer demokratischer Freiheitsrechte sind und sein können. Aus diesem Grund hat sich das ADS als progressive Mitte konstituiert. Dieser überparteiliche Zusammenschluß Frankfurter Studenten erfolgte aus dem Bewußtsein ihrer demokratischen Verantwortung heraus, den Angriff anarchistischer und neofaschistischer Kräfte auf die Universität abzuwehren, gleichzeitig aber den Kampf für eine zukunftsweisende Hochschul- und Studienreform aufzunehmen. Es muß erreicht werden, daß an der Universität Frankfurt studentische Interessen wieder sachlich unter Wahrung demokratischer Spielregeln vertreten werden. Unterstützen Sie mit uns diese Forderungen!

Sie erreichen uns hier:

Aktionskomitee
Demokratischer Studenten (ADS)
Frankfurt, Westendstraße 97,
Telefon 77 61 63

ADS — aufmerksam — durchdacht — sachlich

Kritische Wissenschaft?

In Abschnitt (1) ist von einer „Bildungsfunktion der Universität" die Rede. Was ist damit gemeint? Zumal im Hinblick auf (4), wo von der „Unterwerfung der Wissenschaft unter vorgegebene politische Zielsetzungen" die Rede ist. Geschieht Bildung in einem unpolitischen Raum? Sind die Inhalte, die in ihr vermittelt werden, wenn sie über unmittelbar praktische Anwendung hinausgehen, ohne Beziehung zu Geboten und Verboten einer bestimmten Gesellschaft, unserer heutigen? Vielleicht ist aber die in (2) genannte „gesellschaftskritische Aufgabe" darunter zu verstehen. Gut, weshalb dann aber „kritisch"? Was liefert den Maßstab der Kritik? Wenn sonst in Publikationen studentischer Gruppen von „Kritik" gesprochen wird, dann heißt das: Messen an Anforderungen nach einem humaneren Dasein, einem mit mehr Freiheit, Selbstbestimmung der Individuen. Kämen wir dann nicht schon wieder mit dem Verbot der „Unterwerfung unter vorgegebene politische Zielsetzungen" in Konflikt? (Humanität ist nicht nur auf einen Bereich privater Moralität eingeschränkt zu denken). Die zu vermeidende „Anpassung an bestimmte Ideologien" wird nicht näher präzisiert. Warum eigentlich nicht? Wer schon einmal mit ADS-lern diskutiert hat, weiß, daß sie gar nichts anderes meinen als die Kritik der politischen Ökonomie, wie sie von allen linken studentischen Gruppen ohne große inhaltliche Differenzierungen geteilt wird.

In (3) wird dann von der Abhängigkeit der Universität von der Gesellschaft gesprochen. Diese Gesellschaft wird als „pluralistisch organisierte, an sozialen Werten orientierte Demokratie" bezeichnet. Wenn man das Informationsniveau einer alle vier Jahre zur Wahl zugelassenen Bevölkerung, wenn man die innerparteiliche Demokratie der dt. Bundestagsparteien, die Mitbestimmung der arbeitenden Bevölkerung, wenn man die offene Unterstützung faschistischer Staaten (Spanien, Portugal, Griechenland u. a.) betrachtet, müßte einem die Schamröte ins Gesicht schlagen. In dem Text wird aber die Problematik schon deshalb nicht deutlich, weil die Form der Abhängigkeit nicht näher bezeichnet wird. Ist es die Auftragsforschung für die Bundeswehr etwa, die keine „Anpassung der Lehrinhalte" an außerhalb ihrer selbst befindliche, nicht wissenschaftlich „reine" Ziele darstellt? Freilich, die Wissenschaftler haben die Aufgabe, darüber nachzudenken: „Zum Wissenschaftsprozeß gehört untrennbar die Reflexion der Beteiligten über gesellschaftliche und politische Abhängigkeiten und Auswirkungen von Forschung und Lehre." Aber auch nur das Nachdenken. Das soll dann freimachen von dieser Abhängigkeit (4). Wenn die Universitätsangehörigen nicht etwa mehr nur über ihre Arbeit nachdenken wollten, sondern Konsequenzen ziehen: handeln, dann werden sie überraschend aus Subjekten des Wissenschaftsprozesses zu Objekten von Ideologien. (Übrigens wieder: welcher Ideologie?) Begründet wird das nicht. Es klingt so, als ob politische Ziele grundsätzlich irrational seien. Statt unmittelbar politischem Handeln folgt ein Verweis auf die „von der Verfassung vorgesehenen Wege". (Weiß der Schreiber eigentlich, was innerparteiliche Demokratie — oder besser: ihr Nichtvorhandensein — bedeutet?)

Völlig begründungslos bleibt der Satz, „daß die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden nicht in allen Punkten mit der Nation als politischem Gemeinwesen vergleichbar" ist (6).

Am ehesten Licht auf die Überlegungen des Autors mag der Hinweis auf die „traditionell apolitische Haltung der deutschen Universität im dt. Obrigkeitsstaat" geben, also die Ansicht, daß es innerhalb eines (politischen) Gemeinwesens der Politik gegenüber gleichgültige, indifferente Räume gebe. Als ob nicht die so geartete Universität durchaus politische Funktion gehabt habe (was weiter ausgeführt werden müßte).

Wenn man den Text zusammenhängend zu interpretieren versucht, ergibt sich folgendes: Die Abhängigkeit der Universität von außen sei nicht weiter bedenklich, da das Außen ein demokratischer Staat ist. Mag die Abhängigkeit aus irgendwelchen, nicht näher bestimmten Gründen bedenklich werden, so denke man darüber nach, verhalte sich aber im übrigen ruhig. Erkenntnisse, die die inhumane Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse betreffen, dürfen keine Handlung folgen lassen. Wissenschaftliche Forschung darf nicht unter inhaltlich humane Forderungen gestellt werden, jedenfalls nicht, soweit dadurch unlegitimierte Herrschaftspositionen verunsichert werden könnten. Vielleicht ist auch das noch zu weit gegriffen und meint nur, die Studenten dürfen immer nur bitten, aber keinesfalls direkt massenhaften Druck ausüben. Dazu nämlich ist bereit, wer lange genug aktiv um Hochschulreform sich bemühte und nach allen Enttäuschungen eingesehen hat, daß er seine langdiskutierten Wünsche zumindest auf keine friedliche Art mehr durchsetzen kann, und wer eingesehen hat, daß die Form politischer Willensbildung über die Parlamente zumindest zu langwierig ist, abgesehen von den Chancen überhaupt (zu erinnern an die Formierung durch das vom Kultusminister vorgelegte neue Hessische Hochschulgesetz).

Erinnert man sich an die vom ADS während der Uni-Blockade organisierten Schlägertrupps und weiß man, daß die halbbusig (warum nicht total?) Reizende aus Industriekreisen finanziert wird, dann ist ersichtlich, daß unter dem Titel Studienreform ein Köder für die gelegt werden soll, die man aufzuklären hätte, aber nicht aufklären will, da sich unter dem Mantel der Reform blanke kapitalistische Interessen zeigen würden; Interessen, welche der vom ADS geforderten Rationalität hohnsprechen.

Veit Feger **(SHB)**

Politisierung der Justiz

Fortsetzung von Seite 3

Gericht von jedem deutlich gemacht werden können. Jede Gruppe hat ihre Mitglieder darauf vorzubereiten. Es muß demonstriert werden, daß die APO hier einen Prozeß gegen Mitglieder des Gerichts als Repräsentanten des autoritären Staates führt, daß die APO nicht gewillt ist, sich vom Angeklagten trennen zu lassen, sondern hier die gleiche Solidarität sich herstellt, die auf der Straße geherrscht hatte.

2. Eine Organisation und Vorbereitung von Aktionen hat außerdem die Verbindung zur Hochschulrevolte und den an der Universität gewonnenen Erfahrungen herzustellen: Auf Teach-ins sollte die Wissenschaftskritik der juristischen Fakultäten in die Prozeßvorbereitung einbezogen werden. Die jeweiligen Betriebsbasisgruppen haben Informationen über anstehende Arbeits- und Sozialgerichtsprozesse (Entschädigung) aus den Betrieben zu liefern, um damit unmittelbar Betriebskonflikte in die Prozesse miteinzubeziehen. Politische Justiz ist nicht nur politische Strafjustiz, sondern ganz allgemein die gesamte Justiz in einem autoritären Staat. **Laßt die außerparlamentarische zu einer gerichtlichen und damit zu einer anti-institutionellen Opposition werden. SDS**

Universitätsbuchhandlung
Blazek & Bergmann
Dr. H. Bergmann
Frankfurt am Main
Goethestraße 1 (Ecke Goetheplatz)
Telefon 28 36 33, 28 52 64
Gegründet 1891

Die Fachbuchhandlung für den Studenten und Wissenschaftler im Zentrum der Stadt

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn
www.frankfurt-uni68.de

HOCHSCHULGRUPPEN

Sachlich — aufmerksam Durchdachtes

Das ADS gibt vor, sachlich zu sein. Die Sache, die nicht näher bezeichnet wird, kann wohl nur die Hochschulreform sein. Vorstellungen dazu gibt es bisher nicht, jedoch läßt das nebenstehende Pamphlet die Intentionen erkennen. Wer die Notstandsgesetze für die Universität als „äußeren Anlaß" apostrophiert, geht von einem Wissenschaftsverständnis aus, das da meint, Politik habe allenfalls den Staatsbürger, nicht aber den Wissenschaftler zu interessieren. Daß in einem totalitären Staat die Universität den herrschenden Interessen ohne Möglichkeit des Widerstands unterworfen ist, haben die begriffen, welche auf die Verabschiedung der Gesetze mit der Blockade der Uni reagierten. Die Beteuerungen des ADS, den Wissenschaftsprozeß politisch zu reflektieren, erweisen sich so als Köder für die Liberalen, die man ohne die These von der Vermittlung von Wissenschaft und Politik nicht zu gewinnen glaubt. Deutlich wird die Intention zudem am Begriff „überparteilicher Zusammenschluß". Das für die deutsche Demokratie verhängnisvolle Ressentiment gegen Parteien qua Interessenvertretungen liegt dem zugrunde. Vom uneigennützigen Podest des Gemeinwohls aus will man suggerieren, daß der politische Gegner in den Sphären niederer Politik pult, während man selbst sich um die höchsten Werte der Nation sorgt. Wie sehr solche Argumentation von Interessen durchzogen ist, zeigte etwa die deutsche Richterschaft im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Das Wissenschaftsverständnis des ADS ist also ein unpolitisches, das vorgibt, politisch zu sein, und das realiter die Interessen der herrschenden politischen Kräfte, denen an einer Hochschulreform allenfalls im Sinne einer größeren Effektuierung gelegen ist, vertritt. So gesehen ist es nur zu verständlich, daß die Diskussion mit anderen Hochschulgruppen sich auf der Ebene von „Diffamierungen" bewegt. SHB und LSD schlicht als Satelliten des SDS zu benennen, heißt, nicht einmal der Minimalvoraussetzung für eine Diskussion zu entsprechen. Denn: jedem, sollte er nicht gerade seine Zeit mit Mensurenschlagen oder ähnlichen anregenden Beschäftigungen verbringen, dürfte bekannt sein, daß es bezüglich der Strategie zwischen den linken Hochschulgruppen erhebliche Differenzen gibt. Daß zudem der ApO eine Theorie der Anarchie untergeschoben wird, kann nur als theoretische Impotenz oder als böser Wille interpretiert werden. Fraglich jedoch, ob sich die Alternative so stellt. Das beharrliche Pochen auf den demokratischen Spielregeln schließlich zeugt von einem politischen Bewußtsein, das den Satz „die Debatte um eine Reform der Uni" schleppe „sich seit zwanzig Jahren mühsam dahin . . ." nicht reflektiert haben kann, wenngleich er das Sachprogramm eröffnet. Damit ändert sich das Bild vom ADS, nun, da es sich theoretisch vorstellt, nicht gegenüber jenen Zeiten, als ihm die Kraft des Knüppels relevanter erschien als die des Arguments.

R. E.

FACHSCHAFTEN

BEI DEN Anglisten

hat sich eine Reformergruppe über die Ferien gerettet. Sie arbeitet eng mit der FV zusammen. Nachdem man im letzten Semester Auseinandersetzungen um die drohende Zwischenprüfung und einen technokratischen Reformvorschlag für das Studium der Anglistik/Amerikanistik durchgestanden hat, versucht man jetzt, die Erfahrungen zu verarbeiten, die aus dem Entgegenkommen einiger Dozenten im letzten Semester zu ziehen sind. Die studentischen Reformvorschläge, die von der Reformgruppe in einem 1. Diskussionspapier zusammengefaßt worden waren, müssen dabei zum Teil modifiziert werden.

Vorausgeschickt werden muß, daß es sich hierbei noch ausschließlich um spontane Kritik und Vorschläge zur Ad-hoc-Verbesserung der Studienbedingungen handelte.

Es hat sich gezeigt, daß trotz guten Willens Demokratie in alt- bzw. mittelenglischen Übungen schlecht praktizierbar ist. Der Informationsvorsprung des Dozenten gegenüber den unwissenden Anfangssemestern ist zu groß. Die Frage stellt sich, ob die augenblickliche Methode linguistischer Isoliertheit (von der alt- bzw. mittelenglischen Literatur) sinnvoll und die diachronische Sprachbetrachtung angesichts des überwiegend angestrebten Studienziels nicht zu stark betont ist. Aus dem staatlichen Prüfungsamt verlautet in diesem Zusammenhang, daß für die Zukunft mit einer Streichung der altsprachlichen Klausur aus dem Staatsexamen zu rechnen sei.

Die schematische Aufteilung einer Vorlesung in Vortrag des Dozenten und gewährte Diskussion daran anschließend hat sich nicht bewährt. Wenn überhaupt, so äußerten Studenten doch nur Komplementäres zu den Ausführungen des Ordinarius. Hektographierte Thesen müssen folgen, um den Studenten eine Vorbereitung zu ermöglichen. (Habermas hat das mit Erfolg praktiziert.) Spontane Diskussion muß jederzeit möglich sein.

Für das WS hat Martin Christadler Belebungsversuche der von ihm angebotenen Seminare angekündigt. Es werden keine Mammutreferate mehr angefertigt, die dann den gelangweilten Kommilitonen vorgelesen werden. Dagegen übernehmen alle Seminarteilnehmer mehrere kleinere Arbeiten. Kontroversen können so aufgezeigt und ausgetragen werden. Die Shakespeare-Vorlesung Helmut Viebrocks soll durch kleine Arbeitsgruppen vorbereitet werden (Tutoren sind im Gespräch). Alle Studenten sollen mindestens in einer Gruppe arbeiten, um so für eine Diskussion besser gerüstet zu sein.

Hier ist eine Aufgabe für die Reformgruppe: nämlich, kritisches Potential auch und vor allem gegenüber ihren Kommilitonen zu entwickeln. Bisherige und zukünftige Erfahrungen sollen in einem 2. Diskussionspapier überarbeitet werden. Rezension und Prüfungskritik müssen folgen.

Die Reformer arbeiten augenblicklich an einer Institutssatzung, die einen *drittelparitätischen Institutsrat* als Entscheidungsgremium ohne Beschränkungen zur Basis hat. Damit will man einer Entscheidung der FVV entgegenkommen, die eine paritätisch besetzte Kommission von Dozenten, Mittelbau und Studenten zur Neubestimmung der Inhalte anglistischen Studiums zum Gegenstand hat.

Die wissenschaftstheoretische Diskussion ist noch schwach entwickelt. Immerhin ist mit dem Zusammenstellen kritischer Literaturvorschläge ein Anfang gemacht (Anschlag am Fachschaftsbrett). Eine Zusammenarbeit mit Germanisten und anderen Literatur- und Sprachwissenschaften wird angestrebt.

W. B.

Seminar der Wiso-Fachschaft

Am Mittwoch, dem 16. Oktober, fand die konstituierende Sitzung des von der Wiso-Fachschaft angekündigten Seminars über „Methodenfragen und politische Inhalte der Wirtschaftstheorie" statt.

In den ersten Seminarsitzungen ab 30. 10. sollen Probleme der Theoriebildung und der „Werturteilsstreit" in den Sozialwissenschaften behandelt werden. Danach ist Modelltheorie und -kritik vorgesehen.

An der ersten Sitzung nahmen 14 Studenten und Assistenten teil. Weitere Interessenten können sich am kommenden Montag und Dienstag (21./22.) im Fachschaftsraum (418 an der Wiso-Bibliothek) informieren. Die nächste Seminarsitzung findet am Mittwoch, dem 30. 10., um 17 Uhr in Raum 106 des Studentenhauses statt.

Harry Schmidt

Neuer Sonderdruck der Frankfurter Rundschau

Prof. Dr. Jürgen Habermas

Die Scheinrevolution und ihre Kinder

Dieser vielbeachtete Vortrag beim VDS-Kongreß in Frankfurt – am 5. Juni 1968 in der FR veröffentlicht – ist wegen starker Nachfrage nun als Sonderdruck erschienen.

Zusendung kostenlos. Gutschein umstehend.

Frankfurter Rundschau

6 Frankfurt a. M. 1 · Postfach 3685 · Tel. 21 99 513

Der Mediziner

kauft seine Bücher und Zeitschriften bei

Johannes Alt seit 1868

Buchhandlung und Antiquariat für Medizin

6 Frankfurt S 10
Gartenstraße 134
Nähe Universitätskliniken

Tel. (Ffm. 06 11)
61 29 93 und 61 37 74

- Reichhaltiges Lager aller Lehrbücher und Kompendien
- Günstige Antiquariats-Angebote
- Medizinische Wochenschriften im Studentenabonnement

Ein Besuch bei mir lohnt sich immer!

Theorie im Suhrkamp Verlag

Siegfried Bernfeld: Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung. **Theorie 2. DM 10,—.**

Rudolf Bilz: Die unbewältigte Vergangenheit des Menschengeschlechts — Beiträge zu einer Paläoanthropologie. **Theorie 2. DM 10,—.**

Erik H. Erikson: Identität und Lebenszyklus. Drei Aufsätze. **Aus dem Amerikanischen von Käte Hügel. Mit einem Anhang und einer Bibliographie. Theorie 2. DM 10,—.**

Edward E. Evans-Pritchard: Theorien über primitive Religionen. Mit einer Vorlesung „Sozialanthropologie gestern und heute" als Einleitung. **Aus dem Englischen von Karin Monte. Theorie 2. DM 10,—.**

Erving Goffman: Stigma — Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. **Aus dem Amerikanischen von Frigga Haug. Theorie 2. DM 10,—.**

Alasdair C. MacIntyre: Das Unbewußte — Eine Begriffsanalyse. Mit einem Abriß „Freuds Theorie" von Richard S. Peters als Einleitung. **Aus dem Englischen von Gudrun Sauter. Theorie 2. DM 10,—.**

P. B. Medawar: Die Einmaligkeit des Individuums. **Aus dem Englischen von Kurt Simon. Theorie 2. DM 10,—.**

Anselm L. Strauss: Spiegel und Masken — Die Suche nach Identität. Aus dem Amerikanischen von Heidi Munschaid. Theorie 2. DM 10,—.

Bitte fordern Sie unser wissenschaftliches Gesamtverzeichnis an.

Suhrkamp Verlag
6 Frankfurt a. M.
Postfach 2446

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Liebe Kommilitonen,

die Frankfurter Universität verfügt über 8000 Arbeitsplätze — doch 15 000 Kommilitonen studieren an dieser Universität. Seminare und Gruppen sind arbeitsfähig bis zu 30 Personen — oft aber drängen sich in den Seminaren und Übungen mehr als hundert Personen. In der dem Studentenwerk gehörenden Mensa können bis zu 4000 Essen in der Mittagszeit ausgegeben werden — die Schlangen vor dem Ausgabeschalter beweisen, daß das nicht genügt. Wollen Sie an der Abteilung für Erziehungswissenschaften studieren, dann werden Sie neben dem Jagen nach den erforderlichen 20 Scheinen für die Prüfung nicht sehr viel Zeit haben, sich etwas gründlicher und eingehender mit einzelnen Fachdisziplinen zu befassen. Wollen Sie Jura studieren, dann werden Sie schon nach wenigen Semestern merken, daß Sie auch bei regelmäßigem Besuch und Teilnahme an den Übungen an der Universität sich nicht die Voraussetzungen für die Ablegung des Staatsexamens erarbeiten können, sondern die Hauptausbildung beim Repetitor betrieben wird.

Da nun aber auch Staat und Industrie mehr und mehr zur Kenntnis nehmen, daß die Universität nur sehr ungenügend in der Lage ist, die Kräfte heranzubilden, die für den Reproduktionsprozeß der Gesellschaft und für eine weitere Expansion der Wirtschaft notwendig sind, versuchen sie, die fällige Hochschulreform nach ihren Bedürfnissen voranzutreiben.

Diese Reform allerdings kann nur eine Effektuierung des Betriebes, nicht aber eine *Reform der Lehrinhalte* bewirken, ja, die Einführung des Studienjahres mit streng aufgeteilten Stoffproportionen wird notwendigerweise die Studienfreiheit über nötige Einschränkungen hinaus beschränken.

Der Kampf der politischen Studentenschaft — AStA und politische Hochschulgruppen — galt immer neben der Verabschiedung eines Hochschulgesetzes und einer Universitätssatzung, welche eine Reform im Sinne einer technisch besseren Leistungsfähigkeit der Universität einleiten sollen, gerade der Reform der jeweiligen Studieninhalte.

Der AStA hat zu diesem Zweck im vergangenen Wintersemester in Zusammenarbeit mit dem SHB eine Ringvorlesung organisiert, in welcher erstmals diese Problematik vorgetragen und diskutiert wurde.

Die Erfahrungen des letzten Jahres haben uns gezeigt, daß zwar eine große Zahl von Studenten immer wieder bereit ist, sich an teach-ins, Aktionen und Demonstrationen zu beteiligen, sehr wenige aber sind wirklich bereit, sich an der reformerischen Kleinarbeit zu beteiligen. Diese gerade würde erst die für den Kampf um eine neue Hochschule nötige Erfahrung den einzelnen Studenten vermitteln.

Da spektakuläre Erfolge nicht in kurzer Zeit erreicht werden können (was von einzelnen Kommilitonen immer wieder verkannt wird), verlassen viele Studenten frustriert die Universität und sind auch später in der Gesellschaft nicht mehr bereit, sich zu engagieren.

Dieser verhängnisvolle Prozeß muß unterbrochen werden. Geschehen kann das nur, wenn Sie sich von Beginn Ihres Studiums an bei der Arbeit in den einzelnen Fachschaften, den politischen Hochschulgruppen und im AStA beteiligen.

Jeder Student, der nicht mindestens ein Semester in einem Selbstverwaltungsorgan der Universität mitgearbeitet hat, hat kein Recht, sich über unabänderliche Zustände zu beklagen und sich auszulassen über die Unmöglichkeit, diese Universität und diese Gesellschaft sinnvoller zu gestalten.

Wir, die studentische Selbstverwaltung in Zusammenarbeit mit den Hochschulgruppen, werden, nachdem wir einen eigenen Entwurf für eine Universitätssatzung und ein neues Hochschulgesetz vorgelegt und zur Diskussion gestellt haben, alles tun, um ein Maximum dieser Vorstellungen in das neue Hochschulgesetz sowie in die neue Universitätssatzung einzubringen. Der Allgemeine Studentenausschuß begegnet dem Hochschulgesetzentwurf von Kultusminister Professor Schütte und der hessischen SPD mit Mißtrauen. Deutlich läßt sich der Versuch eines Eingriffs in die studentischen Selbstverwaltungskörperschaften erkennen (Vermögensbeirat — Ältestenrat).

Die Drittelparität darf nicht nur auf das Konzil beschränkt bleiben, denn in dieser Form hat es nur die Aufgabe, oppositionelle Studenten zu beschwichtigen, während in Wahrheit die Macht der Ordinarien so gut wie unangetastet bleibt. Bis jetzt war das Kultusministerium nicht in der Lage, wirklich überzeugende Gründe für die Einführung eines vierzehnköpfigen Kuratoriums zu nennen, in dem übrigens nur ein Student Sitz und Stimme haben soll. Wir sind der Ansicht, daß die dem Kuratorium zugeschanzten Aufgaben von den Fachbereichen, dem Senat und den Hauptausschüssen voll übernommen werden können.

Es geht uns vor allem um die *drittelparitätische Besetzung* aller Hochschulgremien (1/3 Professoren, 1/3 akademischer Mittelbau, 1/3 Studenten).

Erst bei Erfüllung dieser Forderung ist gewährleistet, daß die am Wissenschaftsprozeß Beteiligten wirklich gleichberechtigt mitbestimmen können und sachfremde Herrschaftszwänge abgebaut werden können.

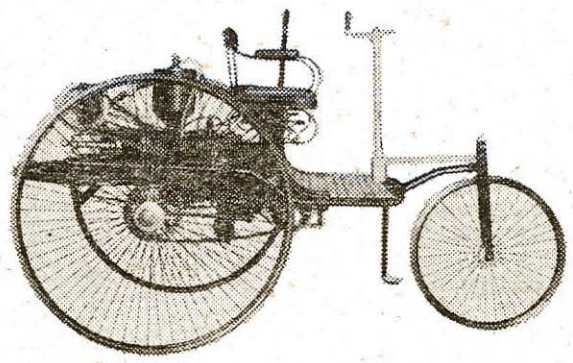
Daneben ist die Einführung des Prinzips der *Öffentlichkeit* eine der Hauptvoraussetzungen, um die Durchsichtigkeit aller Vorgänge an der Universität zu garantieren.

Dieser Themenkatalog, so glaube ich, zeigt Ihnen, wie notwendig Ihre Mitarbeit in den studentischen Organen ist.

Ihr AStA-Vorsitzender
Hans Jürgen Birkholz

SCHREIBBÜRO

schreibt für Sie Diplomarbeiten, Dissertationen usw. Termingerechte und einwandfreie Ausführung ist bei uns selbstverständlich, und wir nehmen es auch mit schwierigen Handschriften auf. Bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung:
W. GENZMER, 6 Frankfurt am Main, Schumannstr. 42, Tel. 77 48 00



1886

als dieser Benz-Motorwagen die Pferde scheu machte, gehörte in erster Linie Nonkonformismus dazu, sich mit einem derartigen Ungetüm auf die Straßen zu wagen. Heute bedarf es einer intensiven Schulung, um den Anforderungen des täglichen PS-Rodeos gerecht zu werden.

FAHRSCHULE POHL

6 Frankfurt a. M. · 1 Minute von der Uni · Bockenheimer Landstraße 113
Telefon 77 91 40

Die Fahrschule der Studenten

Die bösartigen Behauptungen des ADS

In „kontrapunkt — information nr 2" auf Seite 4 behauptet das ADS, daß sich der AStA weigerte, die vom ADS geforderte Urabstimmung noch im Sommersemester in der satzungsmäßig vorgeschriebenen Frist abzuhalten.

Sofort nach Eingang der erforderlichen Unterschriften wurde der Tagesordnungspunkt „Urabstimmung" im Parlament auf die Tagesordnung gesetzt.

Wegen anderer wichtiger politischer Fragen, verschob das Parlament die Frage der Urabstimmung bis Ende Juni. Im § 10 der Studentenschaftssatzung ist festgehalten, daß die Urabstimmung spätestens 4 Wochen nach Eingang des Antrags vom AStA von diesem durchzuführen sei. Andererseits legte die vom Parlament verabschiedete und in der Praxis ständig durch das Landesrechnungsprüfungsamt kontrollierte Finanzordnung die Studentenschaft fest, daß die beiden AStA-Vorsitzenden ohne Haushalts- oder Parlamentsbeschluß nicht über Beträge verfügen dürfen, die über DM 150,- hinausgehen.

Abgesehen davon ist der Titel „Wahlkosten" des Haushalts der Studentenschaft in Frankfurt bisher immer sehr niedrig gehalten worden, da bei allen Wahlen freiwillige Helfer kostenlos die Wahl durchführten.

Im Parlament zeichnete sich deutlich ab, daß außer dem ADS keine Gruppe bereit war, sich an einer Durchführung der Urabstimmung zu beteiligen.

Erfahrungsgemäß ist es Ende Juni/Anfang Juli sehr schwer, bei Wahlen entsprechende Beteiligung zu erreichen. So war zu diesem Zeitpunkt nicht damit zu rechnen, daß mindestens eine 50prozentige Beteiligung garantiert werden konnte. (Wenn eine Urabstimmung keine 50prozentige Beteiligung erreicht, ist sie nicht gültig, und es wird ihr Ergebnis nicht bekanntgegeben.) Aus diesen Schwierigkeiten ergibt sich, daß der Titel „Wahlkosten" und die Verfügungsberechtigung des AStA so gestaltet werden müssen, daß in Zukunft der AStA rein technisch jederzeit in der Lage ist, beantragte Urabstimmungen durchzuführen.

Dem ADS wurde dies alles nachweislich mitgeteilt.

Der AStA muß den böswilligen Angriff des ADS zurückweisen.

H. J. B.

Der AStA sucht:

je einen
Auslands-
Polit-
Hochschul-
und Fachschaftsreferenten

Aufwandsentschädigung bis zu DM 200,-

Informationen erhalten Sie im AStA bei Frau Dilly

Haben Sie schon die Vorteile einer Fachbuchhandlung erkannt?

Der Naturwissenschaftler kauft seine Bücher bei

Harri Deutsch

Frankfurt a. M., Gräfstraße 47
Telefon: 77 73 38 und 70 24 67

Meine Gebiete: Chemie
Physik
Mathematik
Mineralogie
Geologie
Botanik
Zoologie
Pharmazie
Vorklinische Medizin

Sie finden in meiner Buchhandlung eine reiche Auswahl auch englischsprachiger und mitteldeutscher Fachliteratur. Literaturberatung.

A-Info **UF**

GUTSCHEIN

Ich wünsche

☐ kostenlose Zusendung des Sonderdruckes
Habermas, Die Scheinrevolution und ihre Kinder

☐ die **Frankfurter Rundschau**
sechs Tage unverbindlich zur Probe; anschließend

☐ **Weiterlieferung zum Vorzugspreis für Studenten:** bei Abholung monatlich DM 3,15 — durch Träger monatl. DM 3,80 — durch die Post monatl. DM 3,40 (einschl. Zustellgebühr)

☐ vorerst keine Weiterlieferung (Gewünschtes bitte im ☐ mit einem x versehen!)

Vor- und Zuname: _____

Fakultät: _____

Wohnort, Zustellpostamt: ( ) _____

Straße, Hausnummer: _____

Studienbestätigung (Stempel): _____ (Datum)

(kann auch nachgereicht werden) _____ (Unterschrift)

Wir bitten Sie um vollständige und deutliche Eintragungen.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Linker Defätist

Professor *H. J. Heydorn* hat nach dem Bericht der FAZ vom 24. 9. 68 bei einer Pressekonferenz des „Aktionsausschusses hessische Schulgesetze" das Schulgesetz als „objektiv reaktionär" bezeichnet und dies damit begründet, daß der Anti-Intellektualismus der Grundschule" in einer obligatorischen Förderstufe um zwei Jahre verlängert würde.

Daß auch für die Zukunft dieser „Anti-Intellektualismus" gewährleistet sei, schließt Prof. Heydorn daraus, daß „zur Ausbildung als Grundschullehrer junge Leute streben, die hoffen, in ihrem Beruf mit bescheidenen intellektuellen Mitteln auszukommen".

Wir sind nicht in der Lage, festzustellen, ob wirklich die Mehrzahl der Studenten an der Abteilung für Erziehungswissenschaften mit „bescheidenen intellektuellen Mitteln" ausgestattet ist. Wir wissen auch nicht – falls Prof. Heydorns (von der FAZ so dargestellte) Beobachtung richtig sein sollte –, ob die Studenten schon vor Beginn ihres Studiums dumm waren, und trotz ihres Studiums dumm bleiben – oder ob nicht gerade dieses Studium die Verdummung fördert. Herr Prof. Heydorn hat offenbar seine Überzeugung aus seinen Erfahrungen als Ordinarius an der AfE gewonnen. Er hat aber auch bei verschiedenen Diskussionen über eine Reform des Studiums während des letzten Jahres sich mit den Studenten solidarisch erklärt. Er teilt offenbar das Interesse der Studenten an einer besseren Ausbildung. Einige Studenten sind sich mit ihm darüber einig, daß eine „Verbesserung" der Ausbildung nicht nur einer besseren Befriedigung der Ansprüche der spätkapitalistischen Gesellschaft dienen soll, sondern daß sie auf kritisches Bewußtsein der zukünftigen Lehrer zielen muß.

Gerade wegen seiner Haltung den AfE-Studenten gegenüber hat uns das öffentlich ausgesprochene flache Urteil Prof. Heydorns befremdet. Es gibt zu einigen Fragen Anlaß:

Was führt Prof. Heydorn zu der Annahme, daß die Studenten der AfE nur über „bescheidene intellektuelle Mittel" verfügen? Hält er diesen Mangel für unabänderlich? Welches ist dann das Ziel seiner Arbeit als Professor der AfE? Oder glaubt er, daß diesem Mangel gesellschaftliche Ursachen zugrunde liegen, die dazu führen, daß dieses Studium nur solche Leute anlockt, die nur zu geringen intellektuellen Leistungen fähig oder bereit sind, und daß deren Dummheit durch dieses Studium nicht bekämpft oder gar gefördert wird?

Ist es ihm gleichgültig, daß durch derartig diffamierende Feststellungen der scheinbar desolate Zustand der Studenten nicht aufgehoben, sondern zementiert wird, und daß er damit dem „Anti-Intellektualismus" im Sinne einer „self-fulfilling prophecy" Vorschub leistet? Gedenkt er diesen Zustand an der AfE hinzunehmen – oder will er zu seiner Veränderung beitragen?

Obwohl an der AfE eine Studienreformkommission besteht und die Studenten mit der Verweigerung der Unterschrift unter ein professorales Schreiben an den Kultusminister ihre Bedenken gegen eine formalistische Studienreformarbeit zum Ausdruck brachten, wendet Herr Heydorn seine Kritik gerade nicht gegen seine Kollegen, die durch ihr scheinreformerisches Wirken den „Anti-Intellektualismus" begünstigen, sondern gegen die Studenten. Die Studenten der AfE bemühen sich selbst unter den miserablen Verhältnissen der AfE-Ausbildung um wissenschaftliches Arbeiten. Sollten nicht für Prof. Heydorn die Bemühungen um eine Verbesserung des Studiums mindestens so wichtig sein, wie die Sorge um eine Schule, deren Untergang nach seiner Meinung durch auch von ihm ausgebildete Lehrer vollendet werden wird?

Sieht er, daß sein Urteil eine Resignation einschließt, die es uns schwer macht, seine P ä d a g o g i k zu akzeptieren?

Welche Vorstellungen hat Prof. Heydorn für eine Reform des Studiums anzubieten, damit Lehrer ausgebildet werden können, die seinem niederschmetternden Urteil nicht mehr entsprechen? Die gegenwärtige Ausbildung der Gymnasiallehrer entspricht hoffentlich nicht seinen Vorstellungen.

Fachschaft der AfE

adam griff etwas voreilig zu,
als eva ihm obst anbot –
das hatte weitreichende folgen.

bei mir können sie vorbehaltlos zugreifen, sie tun nämlich etwas für ihre gesundheit.

vitamine für ihr studium

obsthalle schmidt

obst - gemüse - lebensmittel - getränke

vor dem haupteingang der uni – jügelstraße

Stipendien-Erhöhung

Nach einer Veröffentlichung in der Tagespresse haben die Ministerpräsidenten der Länder in ihrer letzten Konferenz anfangs Oktober 1968 beschlossen, den Förderungshöchstbetrag der Studienförderung nach dem Honnefer Modell von DM 290,– auf DM 320,– ab *1. Januar 1969* zu erhöhen.

Gleichfalls sollen ab *1. 1. 1969* die Jahresfreibeträge erhöht werden, und zwar für die Eltern des Studierenden von 8400 auf 9000 DM, für den alleinstehenden Unterhaltsverpflichteten bzw. den Ehegatten des Studierenden von 5400 auf 5880 DM, für jedes unversorgte Kind des Unterhaltsverpflichteten, nicht eingerechnet die Kinder, die an den wissenschaftlichen Hochschulen sowie an denjenigen sonstigen Hochschulen und Schulen studieren, an denen eine diesen Bestimmungen entsprechende Förderung eingeführt ist von 2640 auf 2880 DM. Der zusätzliche Freibetrag für mitverdienende Ehegatten bis zur Grenze von 1320 DM wurde nicht erhöht.

Ein Erlaß, mit dem die Anrechnung der neuen Sätze verfügt wird, ist bis jetzt noch nicht ergangen. Er dürfte jedoch in Kürze zu erwarten sein.

Sachliteratur — Marxismus — Leninismus — Kommunismus

Ernesto 'Che Guevara:
Bolivianisches Tagebuch
Vorwort von Fidel Castro. 205 S., 12 S. Fotos, broschiert. **DM 5,80**

Ho Tschi Minh: Revolution und nationaler Befreiungskampf
Reden und Schriften 1920—1968.
Die erste umfassende deutsche Auswahl von Reden, Berichten, Briefen und Gedichten des bedeutenden Revolutionärs und Staatsmannes. 398 S., Pbck. **DM 12,80**

Karl Marx / Friedrich Engels:
Die deutsche Ideologie
Kritik der neueren deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, Bauer und Stirner und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten.
696 S., Leinen. **DM 11,50**

Aus der Geschichte des Kampfes von Marx und Engels für die Proletarische Partei
Eine Sammlung von Arbeiten namhafter Wissenschaftler zu diesem Thema.
694 S., Leinen.
Früher DM 9,80, jetzt DM 5,80

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
3 Bände insgesamt ca. 1800 S., Kstldr.
zusammen DM 30,50

Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie
Rohentwurf 1857—58. 1102 S., Kstldr.
DM 11,50

Karl Marx — Friedrich Engels:
Manifest der kommunistischen Partei
Text nach der letzten von Engels besorgten Ausgabe von 1890.
111 S., 2 Porträts, kart. **DM —,80**

Marx — Engels:
Theorien über den Mehrwert
Der erste systematische Entwurf aller Teile des ökonomischen Hauptwerks von Marx.
3 Bände — zus. ca. 1700 S., Kstldr.
zusammen DM 30,—

Marx — Engels:
Die Revolution von 1848
Auswahl aus der ‚Neuen Rheinischen Zeitung'. 438 S., Kstldr. **DM 4,—**

Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte
160 S., Kstldr. **DM 3,—**

Karl Marx:
Kritik des Gothaer Programms
Mit Schriften und Briefen von Marx, Engels und Lenin zu den Programmen der deutschen Sozialdemokratie.
211 S., Kstldr. **DM 4,—**

Marx — Engels: Ausgewählte Briefe
Ein großer Teil der Briefe an dritte Personen wurde hier zum ersten Male veröffentlicht.
640 S., 2 Porträts, 3 Beilagen, Kstldr.
nur DM 4,80

Karl Marx: Briefe über das Kapital
404 S., 2 Porträts und 3 Beilagen, Kstldr.
nur DM 3,80

Erinnerungen an Karl Marx
Freunde, Schüler und Gegner über Karl Marx.
260 S., 11 Zeichnungen, Leinen.
Früher DM 4,20, jetzt DM 2,—

Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland
Ursachen, Charakter und Triebkräfte der deutschen Revolution von 1848/49.
187 S., Kstldr. **DM 3,80**

Friedrich Engels: Zur Geschichte und Sprache der deutschen Frühzeit
Eine Zusammenfassung aller Arbeiten Engels' über die deutsche Frühgeschichte.
247 S., 3 Beilagen, Kstldr. **DM 4,80**

Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England
Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen.
435 S., Kstldr. **DM 5,—**

Friedrich Engels: Briefe an Bebel
Die Briefe Engels' zeigen die führende Rolle der beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus.
364 S., Register, Kunstdruck, Kstldr.
nur DM 5,—

W. I. Lenin: Ausgewählte Werke
3 Bände mit 982, 904, 956 S., Kstldr.
zusammen DM 22,50

W. I. Lenin:
Hefte zum Imperialismus
Vorarbeiten zu dem Werk ‚Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus'.
818 S., zahlr. Illustr., Register, Kstldr.
Früher DM 15,—, jetzt DM 7,80

W. I. Lenin: Über den Parteiaufbau
Da der Parteiaufbau in der russischen Revolution eine entscheidende Rolle spielte, sind diese Werke Lenins für das Verständnis der geschichtlichen Vorgänge von großer Bedeutung.
888 S., 1 Bild, 3 Faksimiles, Kstldr.
Früher DM 8,50, jetzt DM 2,90

W. I. Lenin:
Gegen den Revisionismus
Eine Sammlung ausgewählter Aufsätze und Reden.
612 S., Kstldr.
Früher DM 7,60, jetzt DM 3,80

W. I. Lenin:
Über den Kampf um den Frieden
Alle Dokumente und Materialien zur Geschichte der Brest-Litowsker Friedenskonferenz.
324 S., 3 Bilder, 2 Faksimiles, Kstldr.
Früher DM 5,—, jetzt DM 2,80

W. I. Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück
Die Krise der Partei.
159 S., Kstldr. **DM 2,80**

W. I. Lenin: Über die Religionen
99 S., kart. **DM —,80**

W. I. Lenin: Der ‚Linke Radikalismus' die Kinderkrankheit im Kommunismus
138 S., kart. **DM 1,50**

W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
155 S., kart. **DM 1,—**

W. I. Lenin: Staat und Revolution
157 S., kart. **DM 2,—**

W. I. Lenin: Über den Staat
28 S., kart. **DM —,40**

Antonio Gramsci:
Briefe aus dem Kerker
310 S., Leinen.
Früher DM 9,80, jetzt DM 3,80

M. I. Kalinin:
Über Kommunistische Erziehung
Ausgewählte Reden und Aufsätze.
331 S., Kstldr.
Früher DM 4,80, jetzt DM 2,40

Rosa Luxemburg:
Ich war, ich bin, ich werde sein
Eine Auswahl der berühmtesten Reden und Artikel.
143 S., engl. Broschur. **nur DM 1,50**

G. W. Plechanos:
Kunst und Literatur
Diese Abhandlungen über Kunst und Literatur gehören mit zu dem Wertvollsten und Aufschlußreichsten der marxistischen Kunsttheorie.
1034 S., Leinen.
Früher DM 14,80, jetzt DM 7,80

Clara Zetkin:
Erinnerungen an Lenin
115 S., 3 Bilder und 4 Faksimiles, Leinen.
nur DM 2,20

Luise Dornemann: Clara Zetkin
Ein Lebensbild.
457 S., 1 Porträt, Leinen.
Früher DM 7,50, jetzt DM 3,60

Lenin:
Über Kultur und Kunst
ca. 450 S., Kstldr.
Früher DM 8,—, jetzt DM 4,40

Neben diesen Titeln finden Sie bei uns noch eine große Anzahl ähnlicher Literatur aus den Ostblockstaaten. — Die Bücher dürfen nur für wissenschaftliche Zwecke abgegeben werden.
Lieferung kann auch durch Rechnung — zahlbar nach Erhalt — erfolgen. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt/Main.

LUDWIG HASE

BUCHHANDLUNG
ANTIQUARIAT

FRANKFURT/MAIN · GOETHESTRASSE 27 · TELEFON 28 13 63

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Veranstaltungskalender Oktober - November

Im Steinweg **Bambi** Telefon 28 77 07

studio für filmkunst

bringt Filme, die Sie interessieren
(Programmhinweise in der Tagespresse)
Täglich 13.00, 15.30, 18.00, 20.30 Uhr
Studenten haben montags bis freitags in den beiden ersten Vorstellungen Vergünstigungen

amerika haus

Frankfurt, Staufenstraße 1
Telefon 72 33 37

Mittwoch, 16. Okt., 20 Uhr, mit Karten
Podiumsdiskussion in Verbindung mit den Städtischen Bühnen Frankfurt, Experimentiertheater in den USA:
„Amerika, hurra"
Diskussionsleitung: Professor Dr. Martin Christadler, Amerika Institut.

Donnerstag, 17. Okt., 20 Uhr, mit Karten
Film Work Shop
Das letzte Hurra
mit Spencer Tracy, Jeffrey Hunter u. a.
Regie: John Ford (Prädikat „wertvoll")

Montag, 21. Okt., 20 Uhr, ohne Karten
Filmvortrag in Verbindung mit der Sternwarte des Physikalischen Vereins
Planet Erde — aus dem Weltraum gesehen
Sprecher: Hans Ludwig Neumann

Donnerstag, 24. Okt., 20 Uhr, ohne Karten
Showcase American Documentary Films
1776
starring Frederic March

Montag, 28. Okt., 20 Uhr, mit Karten
Vortrag in Verbindung mit der Deutschen Atlantischen Gesellschaft
Europa und die USA
wirtschaftlicher Wettbewerb und gemeinsame Verteidigungspolitik
Sprecher: Professor Dr. Heinz Koeppler, Sussex, England

Dienstag, 29. Okt., 20 Uhr, ohne Karten
Filmabend in Verbindung mit dem Filmstudio der Universität
„History of Silent Era Motion Pictures"
Dr. Jeckyll and Mr. Hyde Slapstick

Donnerstag, 31. Okt., 20 Uhr, mit Karten
Kammermusikabend
Pacific String Trio
mit Werken von Haydn, Martinu, Beethoven u. a.

Montag, 4. Nov., 20 Uhr, mit Karten
Vortrag in Verbindung mit der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung
Universitätsreform und Gegenuniversitäten aus amerikanischer Sicht
Sprecher: Professor Dr. Carl C. Schweitzer, Berlin

Donnerstag, 7. Nov., 20 Uhr, mit Karten
Vortrag in Verbindung mit der Deutschen Atlantischen Gesellschaft
Die Präsidentschaftswahlen 1968 aus historischer Sicht
Sprecher: Professor Dr. Eric Kollmann, Cornell College, Iowa

Die Katakombe

Frankfurts Kellertheater

Schützenstr. 8 am Brückenkeller, Telefon 28 47 50
Spielplan vom 21. Oktober bis 30. November 1968
22. 10.—23. 10., 25. 10.—27. 10., 1. 11.—3. 11., 5. 11.—7. 11., 12. 11. 14. 11., 17. 11., 20—22 Uhr
LEONCE UND LENA
von Georg Büchner
24. 10., 20—22 Uhr
Gastspiel in Hirschsprung:
„Hier ein Stuhl — da ein Stuhl — und wir immer dazwischen"
29. 10., 20—22 Uhr
Zum 50. Mal:
LEONCE UND LENA
von Georg Büchner
8. 11., 20—22 Uhr
Premiere:
KAISER JONES
von Eugene O'Neill
9. 11., 10. 11., 15. 11., 20—22 Uhr
KAISER JONES
von Eugene O'Neill
16. 11., 20—22 Uhr
Zum 60. Mal:
LEONCE UND LENA
von Georg Büchner

Programm FILMSTUDIO
Mi., 16. 10.
Stummfilmgrotesken
von Harold Lloyd u. a.
Mo., 21. 10.
Das Geheimnis der 5 Gräber
(Backlash)
R.: John Sturges
D.: Richard Widmark, Donna Reed
Mi., 23. 10.
The Knack
(Der gewisse Kniff — O. m. U.)
R.: Richard Lester
D.: Rita Tushingham, Ray Brooks
Mo., 28. 10.
Batman hält die Welt in Atem
(Batman)
R.: L. H. Martinson
D.: Burt Ward, Adam West
Mi., 30. 10.
Töte Django
R.: Giulio Questi
D.: Thomas Millian, Piero Lulli
Mo., 4. 11.
Die tollen Abenteuer des Monsieur L.
(Tribulations chinoise en Chine)
R.: Philippe de Broca
D.: Jean-Paul Belmondo, Ursula Andress
Mi., 6. 11.
Help
(Originalfassung)
R.: Richard Lester
D.: Beatles

Theater am Turm

Landesbühne Rhein-Main

Spielplan vom 15. Oktober bis 15. November 1968
15. 10.—16. 10., 22. 10.—23. 10., 15—17 Uhr, am 20. 10. und 27. 10. zusätzlich 11—13 Uhr
„Tom Sawyer", Jugendstück nach Mark Twain
16. 10., 19. 10., 20. 10., 25. 10., 26. 10. 27. 10., 20.30—23 Uhr
„Der Widerspenstigen Zähmung" von Shakespeare
17. 10., 13. 11., 20—22 Uhr
„Glückliche Tage"
von Samuel Beckett
18. 10., 30. 10.—1. 11., 7. 11., 20—22 Uhr
„Die Einladung" von Jochen Ziem
23. 10., 24. 10., 2. 11., 3. 11., 6. 11., 8. 11., 9. 11., 10. 11., 20—22 Uhr
Amphitryon" von Molière
15. 11., 20—22 Uhr
„Ein Florentiner Hut" von Labiche

Kleines Theater im Zoo

Frankfurt am Main
Direktion: Fritz Rémond

Programm vom 15. Oktober bis 3. November
KOMÖDIE IM DUNKELN
von Peter Shaffer
mit Herbert Mensching
Inszenierung: Hans Korte

Programm vom 6. November bis 8. Dezember
Theo Lingen in
HALBE WAHRHEITEN
Lustspiel von Alan Ayckbourn
Inszenierung: Theo Lingen

Kassenstunden: täglich von 11 bis 14 und 17 bis 20 Uhr (T. 43 51 66)

GUTSCHEIN*

Frankfurter Resistenztheater
Kabarett Die Maininger
Leitung: Conrad Reinhold
6 Frankfurt am Main,
Neue Rothofstraße 26 a
(Parallel zur Goethestraße
Nähe Opernplatz)
Tel. bis 18 Uhr: 8 24 34, ab 18 28 02 27
Oktober 1968
Mi., Do., Fr., Sa., So., 20.30 Uhr
„Scherze in Moll"
Hochaktuelles Kabarettprogramm
von Conrad Reinhold
Es gastieren e. a.
Willy Brandt, Heinrich Lübke, Walter Ulbricht
dazu der Bundestagsbrand zu Bonn
In Vorbereitung
„Der Freiheit eine Gosse"
Studenten erhalten bis zu 50 Prozent Ermäßigung!

* Gegen Abgabe dieses Gutscheins erhalten Sie zusätzlich 15 Prozent Ermäßigung.

Lippmann + Rau Veranstaltungen

Freitag, 18. Oktober, 20 Uhr, Jahrhunderthalle,
Indiens Meistersitarist **RAVI SHANKAR**
u. Alla Rakha, tabla, + N. C. Mullick, tamboura
Donnerstag, 24. Oktober, 20 Uhr, Jahrhunderthalle
Öffentliche Fernsehaufzeichnung **HISTORY OF SOUL**
Gospel: The Stars of Faith, Blues: Muddy Waters Blues Band, Jazz: Horace Silver Quintet, Soul: Joe Simon
Montag, 28. Oktober, 20 Uhr, Jahrhunderthalle
„stern" präsentiert **UDO JÜRGENS**
singt seine Welterfolge, nochmalige Wiederholung!
Samstag, 2. November, 20 Uhr, Kongreßhalle Messegelände
OSCAR PETERSON TRIO
Oscar Peterson, piano; Sam Jones, bass; Bobby Durham, drums
Freitag, 15. November, 20 Uhr,
Volksbildungsheim am Eschenheimer Turm
GOSPEL SOUL — THE PATTERSON SINGERS
Montag, 18. November, 20 Uhr, Jahrhunderthalle
„stern" präsentiert **HILDEGARD KNEF**
begleitet vom Orchester Kurt Edelhagen
Mittwoch, 27. November, 18 und 21 Uhr, Jahrhunderthalle
BEE GEES IN CONCERT
Donnerstag, 28. November, 19 und 21.45 Uhr, Jahrhunderthalle
DIANA ROSS and the SUPREMES und JIMMY SMITH TRIO

atelier am ZOO

Mitglied der Gilde der Filmkunsttheater

Frankfurt, Pfingstweidstraße 2, Telefon 49 17 25
STUDENTEN MIT AUSWEIS ZAHLEN DM 1,80 (AUSSER SA. U. SO.)

Anfangszeiten: Täglich 15,00, 17.15, 19.30, 21.45 Uhr
Bitte beachten Sie die Ausnahmen!

Dienstag bis Donnerstag, 15. 10.—17. 10. w
LIEBELEI (16)
Regie: Max Ophüls
Ein ewig junges Meisterwerk der Regie- und Darstellungskunst nach Arthur Schnitzlers Theaterstück

Freitag bis Sonntag, 18. 10.—20. 10. w
KRIEG UND FRIEDEN (12)
Regie: King Vidor
Der große Hollywood-Film mit dem Riesenaufwand und der vollendeten Darstellungskunst.
Nach dem Roman von Leo N. Tolstoi
Geänderte Anfangszeiten und Preise

Montag, 21. 10. OmU
Humphrey Bogart, Laureen Bacall
TOTE SCHLAFEN FEST (16)
(The Big Sleep)
Regie: Howard Hawks
Das Spitzenwerk der schwarzen Serie nach dem Roman von R. Chandler (Drehbuch: W. Faulkner)

Dienstag, 22. 10. w
Paul Newman, Eva Marie Saint, Jill Haworth, Peter Lawford
EXODUS (12)
Regie: Otto Preminger
Der Freiheitskampf eines unerschrockenen Volkes
Geänderte Anfangszeiten und Preise

Mittwoch, 23. 10.
Rock Hudson, Jennifer Jones, Vittorio de Sica
IN EINEM ANDERN LAND (12)
Regie: Charles Vidor
Hemingways „A Farewell to Arms" in großartiger Verfilmung
Geänderte Anfangszeiten und Preise

Donnerstag, 24. 10. bw
Helene Weigel, Angelika Hurwicz, Ekkehard Schall
MUTTER COURAGE UND IHRE KINDER (12)
Brechts Chronik aus dem 30jährigen Krieg in der Inszenierung des Ost-Berliner Ensembles
Geänderte Anfangszeiten und Preise

Freitag bis Montag, 25. 10.—28. 10. w
Werner Enke, Uschi Glas, Henry van Lyck, Rainer Basedow
ZUR SACHE, SCHÄTZCHEN (16)
Regie: May Spils
Die frech-verrückte Geschichte eines Fummlers

Dienstag, 29. 10.
Marlon Brando, Glenn Ford, Machiko Kyo, Eddie Albert
DAS KLEINE TEEHAUS (12)
Regie: Daniel Mann
Die vergnüglichsten Teestunden, die Sie je erlebten!

Mittwoch, 30. 10.
Gustaf Gründgens, Käthe Dorsch, Marianne Hoppe
EINE FRAU OHNE BEDEUTUNG (12)
Der unvergeßliche Gründgens in einem hinreißenden Spiel nach Oscar Wilde

Donnerstag, 31. 10.
Gino Cervi, Walter Chiari, Silvana Pampanini
O. K. NERO (16)
Regie: Mario Soldati
Endloses Gelächter: Yankees von heute zu Besuch bei den alten Römern

Freitag bis Sonntag, 1. 11.—3. 11. w
Cathérine Deneuve, Jean Sorel, Michel Piccoli
BELLE DE JOUR (18)
Regie: Luis Bunuel
Bunuels Drama um eine Frau, die ohnmächtig ihren Trieben ausgeliefert ist.

Montag, 4. 11.
Shirley MacLaine, Peter Sellers
SIEBENMAL LOCKT DAS WEIB (18)
Regie: Vittorio de Sica
So herrlich frivol kann nur Shirley MacLaine sein!

Dienstag, 5. 11.
Heinrich George, Zarah Leander, Leo Slezak, Paul Hörbiger
HEIMAT (12)
Drehbuch: Gerhard Menzel
Ein deutscher Großfilm nach dem Schauspiel von Hermann Sudermann.

Änderungen vorbehalten: w = wertvoll, bw = besonders wertvoll, OmU = Original mit Untertiteln.

LUISE POLLINGER
Papier - Bürobedarf - Drucksachen
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen in Miete
— Mietkauf —
KOLLEG-BEDARF
Füllhalter - Feinpapiere - Geschenke - Büro-, Zeichen- und Schulartikel
FRANKFURT A. M., BOCKENHEIMER LANDSTR. 131 u. 133
Selbstbedienung Bockenheimer Landstraße 133
Fernruf 77 55 89 - 77 63 77

PETER NAACHER
FRANKFURT am MAIN · Steinweg 3 · Ruf 28 76 41
Universitätssortiment: Bockenheimer Landstraße 133
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1
Bücher für Ihr Studium
Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Satirisches Theater Die Schmiere

Im Karmeliterkloster
(Nahe Theaterplatz)
Tel.: 28 10 66 Tag u. Nacht
Dienstags, donnerstags, freitags sonntags, 20.30 Uhr:
MENSCH IN ASPIK
Mittwochs, 20.30 Uhr:
DIE KATZE TRITT DIE TREPPE KRUMM!
Samstags, 19.30 Uhr:
SIE NENNEN DAS MÄDCHEN EINFACH: PAUL!
21.30 Uhr: **SIE SIND EIN FERKEL, EXZELLENZ!**
Alle Programme von
RUDOLF ROLFS

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de